B e r i c h t

der

nationalrätthlichen Kommission betreffend die Regulirung der
Grenze zwischen Graubünden und dem Veltlin.

(Vom 28. September 1864.)

Tit. I

Die Herstellung unserer Grenzen ist auf dem Wege zu ihrer abschließlichen Vereinigung um einen weiteren Schritt vorgerückt. Nach den Verträgen vom 20. Oktober 1854 mit dem Großherzogthum Baden, vom 14. September 1859 mit Oesterreich, vom 5. Oktober 1861 mit dem Königreich Italien, und vom 8. Dezember 1862, bezüglich des Dappenthalles, mit Frankreich, hat die Schweiz noch zweifelhafte und bestrittene Grenzen: 1) im Kanton Graubünden gegen Oesterreich, bei Finstermünz; 2) ebendasselbst gegen die italienische Provinz Veltlin, und 3) im Kanton Tessin gegen die ehemalige sardinische Provinz Domodossola, bei Cravairova ausgangs des Campo-Thales, und bei Craveggia am Ausgang des Infernone-Thales.

Wir beeilen uns, darauf hinzuweisen, daß nach den uns vorliegenden Akten die den Beziehungen der Eidgenossenschaft zum Ausland vorstehenden Behörden es nicht an Bemühungen und Schritten haben fehlen lassen, um möglichst bald eine befriedigende Erledigung aller noch bestehenden Anstände herbeizuführen. Streitige Grenzen sind gar oft eine Quelle von gegenseitigen Reklamationen, von Konflikten zwischen den Bewohnern der benachbarten Gemeinden, und geben Anlaß zu diplomatischem Dazwischentreten, welches die freundschaftlichen Beziehungen beeinträchtigt, ja nicht selten ernstlich trübt. Die Schweiz war von jeher darauf bedacht, mit allen Nachbarstaaten in freundschaftlichen Beziehungen zu leben, und wir zollen den vom Bundesrath und seinen Abgeordneten entwickelten Bemühungen, die mit den betreffenden Staaten ange-

knüpften Unterhandlungen zu gutem Ende zu führen, unsern vollsten Beifall.

Die Verhandlungen mit Oesterreich, betreffend die Grenze des Kantons Graubünden bei Finstermünz, sind seit 1859 abgebrochen; die Schweiz konnte ihre durch eine alte Grenzmarke klar dargelegten Rechte nicht den angeblichen militärischen Interessen Oesterreichs, bezüglich seiner Gebirgsfestung Hochfinstermünz, opfern.

Ein Gleiches war der Fall mit den im Jahr 1863 mit den Abgeordneten Italiens angeknüpften Unterhandlungen zur Hebung der Anstände betreffend die Grenze zwischen dem Kanton Tessin und der italienischen Provinz Domodossola.

Die Unterhandlungen zerrannen resultatlos, und die vorher bestandenen Streitpunkte blieben unausgetragen. In eine nähere Prüfung dieser Streitfragen treten wir hier nicht ein; allein wir können nicht umhin, Ihre Aufmerksamkeit auf eine bei den Akten befindliche eintätliche Arbeit, nämlich einen Bericht der Abgeordneten des Bundesrathes, der Herren Deslarageaz und Battaglini, zu lenken.

Die in diesem Berichte enthaltene historische und juristische Darlegung mußte uns überzeugen, daß die von den italienischen Abgeordneten vorgeschlagene Abfindung, wonach die Schweiz die Alp Cravairola und alle ihre Ansprüche auf dieses Gebiet an Italien abzutreten hätte, mit den unbestreitbaren Rechten der Schweiz und mit ihren berechtigten Interessen, in Bezug auf die Lage des streitigen Gebietes und seine topographische Gestaltung, sich nicht vereinbaren lasse.

Gegenüber der bedauerlichen Resultatlosigkeit dieser Unterhandlungen ist zu wünschen, es möchten günstigere Umstände eine Wiederaufnahme derselben und eine vortheilhaftere als die von Italien vorgeschlagene Lösung ermöglichen. Wenn die noch unausgetragenen Streitfragen betreffend Cravairola und Craveggia erledigt werden könnten, so wäre die abschließliche Vereinigung der schweizerischen Grenzen gegenüber dem Königreich Italien eine erfreulich vollendete Thatsache.

Dem Jahre 1863 war es vorbehalten, die Vereinigung aller bisherigen Anstände zwischen dem Kanton Graubünden und Oesterreich, und später auch zwischen Graubünden und Italien mit sich zu bringen. Die italienischen und schweizerischen Abgeordneten haben nach Besichtigung der Vertlichkeiten und Erörterung der verschiedenen Streitpunkte sich über den Abschluß der Uebereinkunft vom 27. August 1863 geeinigt, welche von den Vertretern der beiden vertragschließenden Theile zu Biattamala, bei Ticino, Provinz Sondrio, unterzeichnet wurde.

Indeß erhoben sich Anstände über die Auslegung des Art. 4 dieser Uebereinkunft, betreffend das Lei-Thal, und es führten dieselben, nach gegenseitigen Mittheilungen und Besprechungen, zu neuen Konferenzen der Abgeordneten beider Staaten, und sodann — nach einer zweiten Lo-

kalbefichtigung — zu dem Einverständnis durch einen Nachtrag zur Hauptübereinkunft vom 27. August 1863, den Sinn und die Tragweite der Bestimmungen der letztern näher festzustellen. Diese nachträgliche und erläuternde Übereinkunft wurde am 22. August 1864 zu Audeer, Kantons Graubünden, unterzeichnet.

Diese Übereinkünfte sind uns, sammt allen Vorakten vom Bundesrath, begleitet mit seiner Botschaft vom 24. September 1864, zugestellt worden. Das Resultat der vom Bundesrath vorgenommenen Prüfung ist ein Beschlußentwurf, wornach derselbe zur Genehmigung der besagten Übereinkünfte im Namen der Eidgenossenschaft und zu den, behufs ihrer Vollziehung weiter erforderlichen Verfügungen, ermächtigt werden sollte.

Es ist vorerst einleuchtend, daß hier die Vorfrage der Kompetenz nicht in Betracht fällt, und wir halten es daher für überflüssig, die verlangte Ratifikation vom formellen Standpunkte aus ins Auge zu fassen. Es handelt sich vielmehr lediglich darum, ob die vorliegenden Übereinkünfte — innerhalb der Grenzen des Erreichbaren — die Rechte und die Interessen der Schweiz gewahrt haben, eine Frage, die nach unserm Dafürhalten bejahend beantwortet werden muß, wobei wir in der erfreulichen Lage sind, für diese unsere Ansicht die Autorität der bundesrätlichen Abgeordneten, des Bundesrathes selbst und der Regierung des Kantons Graubünden anrufen zu können.

Die schweizerischen Abgeordneten, unser Kollege Herr Delarageaz und Herr Ständerath Planta, haben dem Bundesrath unterm 7/10 November 1863 ihren diesfälligen Bericht eingereicht. Nach Darlegung aller Phasen der Unterhandlungen und nach gründlicher Erörterung der historischen und juristischen Seite der Frage resumiren dieselben ihre Ansicht dahin :

„Wir wissen nicht, zu welchem Ausgang unsere Arbeit führen wird.
 „Wird die zu Biattamala (Tirano) unterm 27. August 1863 unterzeichnete Übereinkunft von den Oberbehörden des Königreichs Italien und der schweizerischen Eidgenossenschaft genehmigt werden? Es ist dies schwer zu sagen. Ihre Kommissarien wollen hierüber keinen Wunsch äußern, indem sie zu sehr der hohen Einsicht der Behörden der beiden Staaten vertrauen, und den allseitigen Erwägungen nicht vorgreifen wollen, welche ihr Urtheil bestimmen werden. Nur die Bemerkung sei uns erlaubt, daß sich die Kommissarien eine möglichst genaue Orientirung angelegen sein ließen, so weit dies in dem ihnen kurz zugemessenen Zeitraum zwischen ihrer Ernennung und dem Zeitpunkte möglich war, wo sie sich über Fragen auszusprechen hatten, über die man sich schon seit Langem hin- und hertritt, Fragen verwickelter Art, welche Angesichts der daran sich knüpfenden widersprechenden Interessen und bei der Wichtigkeit, die ihnen schon darum, weil es sich um Staatsgrenzen handelt, inne wohnt, nicht geringe Schwierigkeiten darboten.“

„Bei der Lösung dieser Frage ließen sich Ihre Kommissarien durch die gewöhnlichen Rechtsgrundsätze leiten, indem es ihnen nicht um Erwerbung von Gebietsparzellen oder eines kleinern, nicht klar begründeten Zuwachses, sondern darum zu thun war, daß Jedem das Seinige zukomme.“

„Die Verhandlungen mit Italien (sagt die bundesrätliche Botschaft), von beiden Seiten mit aller Loyalität gepflogen, haben in Folge maßvoller und verständiger Transaktion zu einem Ergebnisse geführt, durch welches langwierige und zum Theil sehr bedenkliche Grenzansprüche den erwünschten und für beide Theile annehmbaren Abschluß finden sollen.“

Die Regierung des Kantons Graubünden, der die mit Italien abgeschlossenen Uebereinkünfte vom Bundesrath zur Vernehmlassung mitgetheilt worden, erklärt mit Schreiben vom 17. September 1864, daß sie keinerlei Ausstellungen daran zu machen finde und dafür halte, daß diese schon seit langer Zeit obwaltenden Anstände hiedurch zu einer für beide Theile befriedigenden Lösung gelangen werden.

Die Uebereinkunft von Tirano oder Piattamala faßt die erledigten Streitfragen in fünf Artikel.

1. Streitige Grenze auf der Höhe des Splügen.

Hier verstanden sich unsere Kommissarien zur Aufrechthaltung des Status quo. Die Grenze läuft demnach über den Gipfelpunkt der Gebirgshöhe, wo die österreichische Regierung einen Grenzstein hatte setzen lassen, nebst einem Pfahl mit einem Anschlag des Inhalts, daß dieser Punkt als Grenze zwischen den beiden Staaten diene. Die Ansprüche der Gemeinde Splügen, daß die Grenze ihres Gebietes ungefähr um 600 Fuß gegen Italien hinausgerückt werde, konnten nicht durchgesetzt werden, indem ihre Beweisgründe — das Vorhandensein einer alten Mauer und der Besitz einer mäßigen Gebietsstrecke als Weide — nicht hinlänglich erschienen, so daß sich unsere Kommissarien die natürliche Grenze gefallen lassen und in so weit den Abgeordneten Italiens ein Zugeständniß machen mußten.

2. Streitige Grenze zwischen der Gemeinde Villa (italienisch) und Castasegna (im Bergeller Thal).

Der Geist des Entgegenkommens, der unsere Kommissarien bei diesen Unterhandlungen stetsfort beehrte, hat sich auch bei Austragung dieser Spezialfrage nicht verläugnet. Die Gemeinde Castasegna und einige dahin gehörige Grundeigenthümer besitzen Liegenschaften, welche westlich des Lovers-Flusses, am rechten Ufer der Maira gelegen sind. Diese Bodenstrecken sind durch Kreuze begrenzt, welche auf verhältnißmäßig weit auseinander gelegenen Felsen eingehauen sind. Die Gemeinde Castasegna

war der Meinung, daß diese Kreuze die Grenze zwischen ihrem Gebiete und demjenigen der italienischen Gemeinde Villa bezeichnen, während die letztere und mit ihr die lombardischen Behörden diese Ansprüche stetsfort zurückwiesen und ihnen entgegenhielten, daß die Grenze zwischen den beiden Staaten vom Lovero-Flusse, d. h. von seiner Einmündung in die Maira an bis zu seiner Quelle auf dem Galesonne-Berg, gebildet werde. Die Erledigung dieses, erst seit 1803 datirenden Anstandes erfolgte auf Grund des Besitzes von Rechten hoher Gerichtsbarkeit, wie sie von Italien ausgeübt wurden, sowie mit Rücksicht auf die Ortsgestaltung, welche bei Abgang verbriefter Titel stets vorzugsweise in Anschlag fällt.

3. Streitige Grenze auf dem Stelvio.

Es wurde behauptet, die Ingenieure, welche 1824 oder 1825 die Arbeiten des Baues der Stelvio-Straße leiteten, seien zur Herstellung einer Biegung am Ausgang der Straße (bevor diese die Bergspitze erreicht) in einen Felsen vorgedrungen, welcher dem Kanton Graubünden anzugehören scheint. Da diese Frage für die Schweiz von sehr geringfügigem Belang ist, so glaubten unsere Kommissarien, sich einer Vereinbarung nicht entgegenstellen zu sollen, welche diesen Streitpunkt durch die Erklärung regelt, daß die italienische Straße auf dem Stelvio keinen andern als italienischen Boden in Anspruch nimmt.

4. Streitfrage bezüglich des Lei-Thales.

Wir beschränken uns auf die Hinweisung, daß die Redaktion dieses Artikels ungenau und unvollständig befunden wurde. Sie war ohne die, von den schweizerischen Abgeordneten verlangte vorgängige Besichtigung des Thales und Kenntnißnahme vom Stande der Verhältnisse aufgestellt worden. Auf die Erklärung des Bundesrathes zuhanden der italienischen Regierung, daß er zur Ratifikation der am 27. August 1863 zu Tirano abgeschlossenen Uebereinkunft bereit sei, jedoch mit Ausschluß desjenigen, was auf das Lei-Thal Bezug hat, einigte man sich beiderseits dahin: die Kommissarien der beiden Staaten sollten sich an Ort und Stelle verfügen, um sich über die Ausführung der Grenzsteinsetzung zu verständigen. Diese Terrainbesichtigung fand dann wirklich statt und erwieß sich als das beste Mittel, jeden Anstand über die Auslegung des vorbesagten Art. 4 zu heben. So entstand also die am 22. August 1864 zu Audeer unterzeichnete erläuternde Uebereinkunft, welche im Interesse beider Regierungen und in sachgemäßer und befriedigender Weise alles Streitige beseitigt.

5. Beanstandete Grenze bei Tirano im Puschlaver-Thal.

Für Lösung dieser, in zweifacher Hinsicht, d. h. vom militärischen wie ökonomischen Gesichtspunkte aus, sehr wichtigen Frage galt als maßgebend eine authentische Urkunde, deren Gültigkeit und Rechtsbeständig-

keit von den kompetenten Behörden zu verschiedenen Malen anerkannt worden war. Erste Streitigkeiten hatten sich fortwährend zwischen den Gemeinden Puschlav und Tirano erhoben, und es war daher zur definitiven Beseitigung derselben vom graubündnerischen Landrath einem unparteiischen, aus 13 Schiedsrichtern bestehenden Gerichte die erforderliche Vollmacht ertheilt worden; dieses Gericht fällte sodann am 2. Juni 1526 sein Urtheil in Sachen; alle Streitpunkte wurden damit endgültig entschieden und die territoriale Grenzlinie klar gezogen und festgestellt. Trotz der unverrückbaren Autorität dieses Rechtsstuhls verlangten die italienischen Kommissarien, gestützt auf Pläne und Urkunden, eine Gebietsentschädigung und beantragten eine Grenze, bei welcher der Schweiz eine Ausdehnung von ungefähr 6500 schweizerischen Morgen Landes mit Weinbergen, Wiesen, Feldern, Wäldungen und Alpen, auf denen das ganze Jahr hindurch eine Bevölkerung von mehr als 200 Seelen sich aufhält, entrisse würde. Der kräftige und ausdauernde Widerstand der schweizerischen Abgeordneten gegen diese, durch den Spruch vom 2. Juni 1526 verwirklichten Ansprüche veranlaßte die italienischen Kommissarien, ihre Forderungen bis auf eine Geringsfügigkeit zu reduzieren. Sie begnügten sich damit, für Italien die Ruinen eines von Ludwig dem Mohren, Herzog von Mailand, erbauten Schlosses zu beanspruchen, worin die Soldaten der Visconti in Garnison gelegen hatten. Auf diese Ruinen und den Boden, den sie einschließen, wurde von Seite der Schweiz zu Gunsten Italiens verzichtet.

Nachdem einmal dieser Punkt, der alle andern in der Schwebe hielt, geregelt war, fanden sich alle Streitfragen betreffend die Vereinigung der Grenzen zwischen dem Kanton Graubünden und Italien definitiv erledigt.

Unsere Ansicht über diese Uebereinkünfte resumirt sich also dahin, daß dieselben auf eine, beiden Staaten zusagende Weise Streitfragen und Anstände erledigen, welche nur zu lang schon fortbestanden. Man machte sich gegenseitig Zugeständnisse, und die Mitglieder der internationalen Kommission bethätigten einen Geist des Entgegenkommens, der sich während ihrer ganzen Mission treu blieb.

Möchte eben diese versöhnliche Gesinnung bald auch die Lösung der noch schwebenden Fragen herbeiführen!

Wir haben die Ehre, Ihnen einmüthig zu beantragen, den bundesrätthlichen Beschlußentwurf vom 24. dies zu genehmigen.

Bern, den 28 September 1864.

Der Berichterstatter der Kommission: *)

M. Pedrazzini.

*) Die Kommission bestand aus den Herren Pedrazzini, Riggieler, Wuilleret, Cretton, Dähler.

Bericht der nationalrätlichen Kommission betreffend die Regulirung der Grenze zwischen (Graubünden und dem Veltlin. (Vom 28. September 1864.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1865
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	34
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	29.07.1865
Date	
Data	
Seite	193-198
Page	
Pagina	
Ref. No	10 004 829

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.